

Die Große Koalition bricht das Klimaversprechen.

Diese harte Aussage lässt sich an den folgenden Punkten zeigen:

- Im letzten Jahr ist der Ausstoß von Treibhausgasen in Deutschland sogar wieder leicht gestiegen.
- Der Ausbau von Solar- und Windenergie ist seit Beginn von Angela Merkels Amtszeit drastisch zurückgegangen. Das Bild 1 zeigt, dass der Ausbau von Photovoltaik auf das Niveau vom Anfang der Energiewende zurückgegangen ist.
- Beim aktuellen Ausbautempo von Erneuerbaren Energien kann das Ziel einer Energiewirtschaft ohne Treibhausgas-Emission erst deutlich nach dem Jahr 2100 erreicht werden. Dann ist der Klimawandel längst nicht mehr zu stoppen (siehe Bild 2)
- Anstatt die Photovoltaikindustrie als eine wesentliche Zukunftsindustrie weltweit nach vorne zu bringen, wurde sie von der Bundesregierung im Stich gelassen. Durch den Rückgang sind in der Solar- und Windbranche nahezu 100 000 Arbeitsplätze verlorengegangen.
- Die Nutzung von fossilen Rohstoffen in der Stromerzeugung wird als Brückentechnologie unbefristet weiter anerkannt. Ein geordneter Ausstieg aus der besonders klimaschädlichen Kohleverbrennung wird nicht eingeleitet.
- Die aktuelle Bundesregierung hält weiterhin an Autos mit Verbrennungsmotoren für unbestimmte Zeit fest. Insbesondere bei Dieselfahrzeugen hat sie kürzlich einer Software-Anpassung zugestimmt, die zwar die Stickoxid- Emission reduziert, jedoch den Verbrauch, also auch den Ausstoß von Klimagasen, anhebt. Anstelle die Autoindustrie auf den unausweichlichen Wandel zu emissionsfreien Fahrzeugen vorzubereiten und damit zukunftssicher zu machen, beharrt sie auf dem Status-Quo mit klimaschädlichen Verbrennungsmotoren.
- Der Rückgang des Ausbaus Erneuerbarer Energien ist vor allem auf die verschiedenen Novellierungen des Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG), aber auch weitere bürokratischen Regelungen zurückzuführen:
- Die Einführung von Ausschreibungen für größere Photovoltaikanlagen und für Windanlagen und die administrative Deckelung des Ausbaus stellen eine starke Behinderung dar. Das System beinhaltet inhärent, dass ein Teil von willigen Investoren keine Förderung bekommt, also weniger Anlagen errichtet werden, als Interesse daran besteht.
- Abgaben auf selbstgenutzten Solarstrom machen Photovoltaikanlagen unwirtschaftlich für Gewerbetreibende.
- Pauschale Abstandregelungen für Windräder machen einen Ausbau der Windenergie in manchen Gegenden Deutschlands unmöglich.
- Die Nutzung des Solarstroms von Mietern und Nachbarn ist mit umfangreichen bürokratischen Hürden und zusätzlichen Abgaben verbunden, so dass entsprechende Modell unattraktiv sind.

Die kürzlich eingeführte Förderung von Mieterstrom ist in finanzieller Hinsicht unzureichend und erhöht noch den bürokratischen Aufwand.

Dennoch dürfen wir EnergieBürger*innen nicht aufgeben, sondern müssen umso stärker auf „Klimaschutz und Energiewende JETZT“ aufmerksam machen.

Fragen Sie Ihre Kandidaten*innen für die Bundestagswahl in Ihrem Wahlkreis. Angebote / Hilfen finden Sie z. B. unter

<https://www.freunde-von-prokon.de/verein/agoe1> und

<https://www.buendnis-buergerenergie.de/hol-den-buergerenergiepolitiker>

Wählen Sie bitte und setzen Sie Ihre Klimaschutz- und Energiewende-Stimme ein. Jede Stimme zählt und kann nur in der Summe aller Stimmen betrachtet für Überraschungen sorgen!

Zubau von Solaranlagen in GWp von 2006 bis 2016

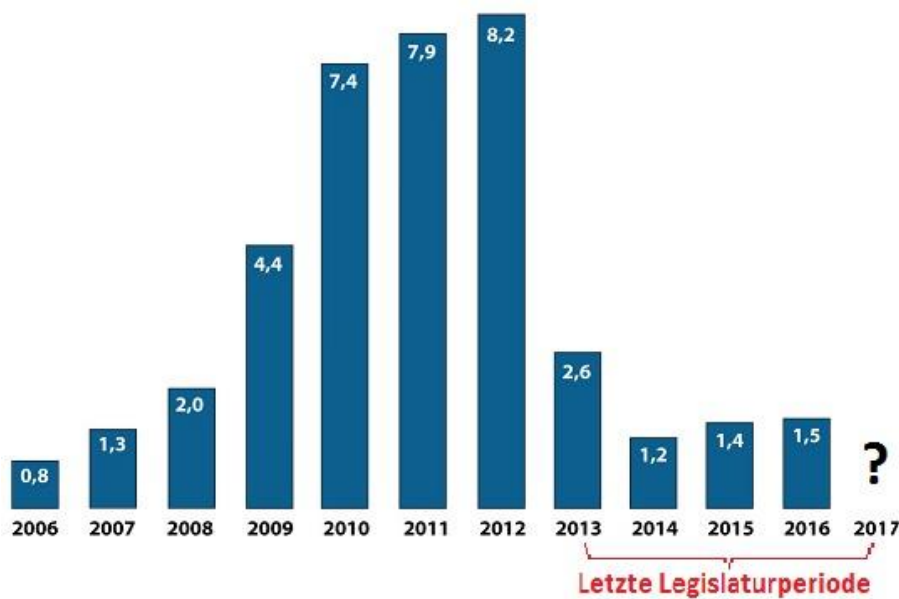


Bild 1

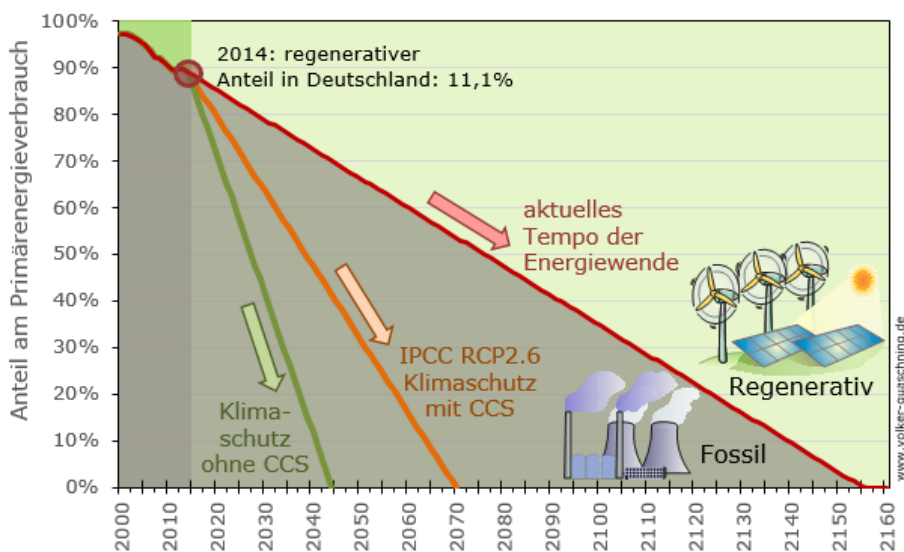


Bild 2



Freunde von Prokon



Solarverein
Goldene
Meile e.V.



SunOn
Sonnenkraftwerke
Lüneburg e.V.



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Deutsche Gesellschaft für
Sonnenenergie e.V.



EnergiE zum Leben – auch in W-Nord

